

Informationszentrum Asyl und Migration

Briefing Notes

19. August 2013

Afghanistan

Choleraausbruch in Nordafghanistan

Das Dorf Chapa im Distrikt Darayim der nordostafghanischen Provinz Badakhshan wurde von den Behörden abgeriegelt, nachdem sich dort fast 1.500 Einwohner mit Cholera infiziert hatten.

Parlamentsabgeordnete entführt

In der ostafghanischen Provinz Ghazni wurde am 09.08.13 eine Abgeordnete des afghanischen Parlaments mit ihren drei Kindern von Unbekannten entführt. Die Kinder konnten inzwischen von Sicherheitskräften befreit werden, der Aufenthaltsort der Politikerin ist unbekannt. Erst wenige Tage zuvor wurde in Ghazni eine Politikerin angegriffen (vgl. BN v. 12.08.13).

Pakistan

Erneut bewaffnete Zwischenfälle in Kaschmir

Nachdem am 06.08.13 bei einem Überfall in der Region Kaschmir fünf indische Soldaten getötet worden waren (vgl. BN v. 12.08.13), kam es in der vergangenen Woche erneut zu Zwischenfällen. Nach indischen Angaben hätten pakistanische Truppen indische Stellungen beschossen, nach Angaben Pakistans sei ein Zivilist durch indischen Beschuss getötet worden. Weitere Schießereien seien nach indischen Angaben von bewaffneten Separatisten provoziert worden.

Irak

Sicherheitslage

Am 12.08.13 wurden bei einer Serie von Bombenanschlägen u.a. in den Provinzen Salahaddin und Diyala mindestens 24 Menschen, einer anderen Quelle zufolge 37 Menschen getötet und mindestens 35 verletzt. Am 13.08.13 starben bei mehreren Anschlägen 24 Menschen. Für den 14.08.13 sprechen Berichte von 26 Toten. Am 15.08.13 wurden bei einer Serie von Anschlägen in Bagdad mehr als 30 Menschen getötet und über 100 verletzt. Am 16.08.13 kamen u.a. in Bagdad, Mosul und Muqjadiya 16 Menschen um. Am 17.08.13 wurden bei einer Serie von Anschlägen auf Armeeposten und Polizisten zwölf Sicherheitskräfte getötet. Am 18.08.13 starben u.a. in Bagdad, Mosul Samarra, Kirkuk und Muqjadiya 16 Menschen durch Gewalt. Nach Zählung der Nachrichtenagentur AFP wurden seit Jahresbeginn bislang rund 3.500 Menschen bei Anschlägen getötet.

Bei einer Offensive der irakischen Sicherheitskräfte am 13.08.13 in der Provinz Salahaddin wurden 82 mutmaßliche al-Qaida-Mitglieder festgenommen. Das verstärkte Vorgehen der Sicherheitskräfte gegen Extremisten und Aufständische dämpft die Anschlagshäufigkeit anscheinend nicht ein.

Libanon

Bombenanschlag in Beirut

Der syrische Bürgerkrieg greift immer deutlicher auf den Libanon über. Am 15.08.13 wurden bei einem Autobombenanschlag in einem südlichen Wohnviertel Beiruts, einer Hochburg der schiitischen Hizbollah, mindestens 24 Menschen getötet und mehr als 200 verwundet. Zu dem Anschlag bekannte sich eine unbekannte Gruppe "Aischa Umm al mumin" oder "Brigade von Aischa" (Aischa war eine der Ehefrauen Mohammeds, die den vierten Kalifen Ali bekämpfte, auf den sich die Schiiten berufen). Diese Selbstbezeichnung spricht dafür, dass es sich um extremistische Sunniten handelt, die die Miliz der Hizbollah bekämpfen wollen, die die syrischen Soldaten im Bürgerkrieg unterstützt.

Israel

Mehr als 6.000 Palästinenser in israelischer Haft

Nach Angaben der israelischen Menschenrechtsorganisation B'Tselem (hebr. „Ebenbild“: Genesis 1,27) befinden sich mehr als 6.000 Palästinenser in israelischen Gefängnissen. Hiervon sind 4.827 sog. Sicherheitshäftlinge. Von diesen werden 137 in „Verwaltungshaft“ ohne Prozess gefangengehalten. Einige warten seit Jahren auf einen Prozess oder ihre Freilassung. Unter den Sicherheitshäftlingen sind nach Informationen von B'Tselem 193 Minderjährige. Weitere 1.267 sind inhaftiert, weil sie sich illegal in Israel aufgehalten haben. Die „Illegalen“ gelten als gewöhnliche Kriminelle, unter diesen sind 20 Minderjährige. 104 Langzeithäftlinge, die im Rahmen der neuen Nahost-Gespräche freikommen sollen, wurden bereits vor Unterzeichnung der Osloer Friedensverträge Israels mit den Palästinensern 1993 inhaftiert. Die Autonomiebehörde von Präsident Mahmoud Abbas hatte ihre Freilassung zur Bedingung für neue Friedensverhandlungen gemacht. Sie wurden überwiegend wegen tödlicher Anschläge auf Israelis verurteilt. Die Häftlinge, von denen einige Strafen von bis zu 30 Jahren verbüßt haben, sollen in mehreren Schritten freikommen. Unter ihnen sind nach Medienberichten auch einige israelische Araber und Einwohner des arabischen Ostteils von Jerusalem.

Tunesien

Lösung der politischen Krise mit der Opposition angestrebt

Unter dem Eindruck der Gewalteskalation in Ägypten geht die islamistische Regierungspartei Ennahda nun doch auf die weltliche Opposition zu. Der Chef des Ennahda-Parteirates, Fethi Ayadi, gab am 18.08.13 bekannt, dass sich führende Politiker der Ennahda wohl noch in dieser Woche mit den Oppositionsparteien treffen würden, um über eine Lösung der schweren politischen Krise des Landes zu beraten. Dabei solle auch über die Forderung der Opposition gesprochen werden, eine Übergangsregierung aus Technokraten einzusetzen. Ennahda-Chaf Rached Ghannouchi räumte in diesem Zusammenhang ein, dass die von seiner Partei geführte Regierung es nicht geschafft habe, die politischen und wirtschaftlichen Probleme zu lösen.

Ägypten

Gewaltsame Auseinandersetzung

Am Morgen des 14.08.13 erfolgte die gewaltsame Räumung der Protestlager auf dem Rabaa-al-Adawiya-Platz und dem Nahda-Platz. Nach der Räumung und den resultierenden landesweiten Unruhen verhängte Übergangspräsident Mansur am Nachmittag des 14.08.13 den einmonatigen Ausnahmezustand sowie eine nächtliche Ausgangssperre für zehn Provinzen. Vizepräsident el-Baradei erklärte aus Protest gegen die Gewalt seinen Rücktritt. Bei den Unruhen infolge der Protestcamp-Räumung kamen bisher mindestens 640 Menschen, davon mindestens 43 Polizisten ums Leben, mindestens 4.200 Personen wurden verletzt. Am 15.08.13 stürmten Demonstranten den Gouverneurssitz der Provinz Gizeh und die Stadtverwaltung in Al-Arish und setzten diese in Brand. Neben öffentlichen Gebäuden und Polizeiwachen wurden auch mindestens 35 Kirchen angegriffen und teilweise in Brand gesetzt. Für den 16.08.13 riefen die Muslimbrüder zu einem „Tag des Zorns“ auf. Laut Regierung sind dabei 173 Menschen getötet und über 1.300 verletzt worden. Unter den Toten befand sich auch der Sohn von Mohammed Badie, dem Chef der Muslimbrüder. Die meisten Opfer habe es bei Zusammenstößen zwischen Anhängern und Gegnern Mursis gegeben, nicht bei Zusam-

menstößen mit Sicherheitskräften. In vielen Stadtteilen haben sich Bürgerwehren gebildet. Nach Aussage des Regierungssprechers werden nun juristische Möglichkeiten eines Verbotes der Organisation der Muslimbrüder untersucht.

Das Auswärtige Amt verschärfte am 16.08.13 seine Reisehinweise für Ägypten und rät von Reisen in das ganze Land ab.

Mali

Stichwahl entschied über Präsidentschaft

Ersten Medienmitteilungen zufolge hat der ehemalige Ministerpräsident Ibrahim Boubacar Keita die Stichwahl am 11.08.13 mit 77,6 Prozent der Stimmen gewonnen. Die Stichwahl verlief friedlich.

Nigeria

Boko Haram: Über 60 Tote bei Anschlägen

In der Nacht des 15.08.13 griffen im nordöstlichen Bundesstaat Borno mutmaßliche Angehörige der islamistischen Terrororganisation Boko Haram in Autos und auf Motorrädern in der Stadt Damboa (etwa 85 km nördlich von Maiduguri) die Polizeistation, einen Militärposten sowie Zivilisten an und töteten elf Personen. Am frühen Morgen des 11.08.13 hatten vermutlich ebenfalls Aufständische der Boko Haram in Armeeuniformen die Moschee des Ortes Konduga (etwa 35 km südöstlich von Maiduguri) während des Morgengebets angegriffen. 44, nach anderen Angaben 47 Gläubige wurden erschossen bzw. mit Macheten ermordet. Ebenfalls Boko Haram zugerechnet wird die Ermordung von zwölf Bewohnern des Dorfes Ngom (östlich von Maiduguri) in ihren Häusern. Man vermutet, dass es sich bei den beiden Anschlägen in Konduga und Ngom um Vergeltung für die Gründung von Bürgerwehren in den letzten Wochen handelt. Diese unterstützen die Sicherheitskräfte in ihrem Kampf gegen die Terrororganisation.

Videobotschaft von Boko-Haram-Anführer Shekau

Am 12.08.13 trat Abubakar Shekau, Anführer der Hauptfraktion der Boko Haram, in einer Videobotschaft Gerüchten über seine Tötung entgegen. Gleichzeitig bekannte er sich zu Anschlägen in den nordostnigerianischen Ortschaften Bama, Gamboru, Malam Fatori, Biu und Gwoza in der letzten Zeit. Er erklärte, die fortgesetzten Angriffe belegten, dass die Behauptungen der Armee, sie habe Boko Haram schwere Verluste zugefügt, Lügen seien.

Seit der Verhängung des Ausnahmezustands im Mai 2013 über die drei am meisten von Anschlägen der Boko Haram betroffenen nordöstlichen Bundesstaaten Borno, Adamawa und Yobe gehen Sicherheitskräfte verstärkt gegen Boko Haram vor. Die Armee meldet, ihr sei es gelungen, Boko Haram aus ihren Stützpunkten zu vertreiben und rund 1.000 ihrer Mitglieder gefangenzunehmen. Nachdem Angriffe durch Boko Haram in der ersten Zeit nach der Militäroffensive abflauten, kommt es in letzten Wochen wieder verstärkt zu Anschlägen dieser Organisation.

Nummer Zwei der Boko Haram getötet

Am 14.08.13 gab ein Militärsprecher die Tötung von Momodu Bama alias „Abu Saad“ am 04.08.13 bekannt. Dieser stand an zweiter Stelle der Kommandostruktur. Auf seinen Kopf war in Nigeria eine Belohnung von rund 155.000 US-Dollar ausgesetzt gewesen. Der Tod von Bama ist bisher weder von Boko Haram noch von unabhängigen Stellen bestätigt worden.

Benin

Präsident setzt neue Regierung ein

Überraschend löste Staatspräsident Thomas Boni Yayi am 09.08.13 die Regierung auf, offiziell um das seit seiner Wiederwahl 2011 amtierende Kabinett „aufzufrischen“. Auch Premierminister Pascal Irenée Koupaki wurde entlassen. Am 11.08.13 ernannte Yayi eine wie zuvor 26 Mitglieder umfassende neue Regierung, der 13 Mitglieder der Vorgängerregierung angehören. Das in der Verfassung nicht vorgesehene Amt des Premierministers, das im Mai 2011 eingerichtet worden war und dessen Inhaber vor allem die Regierungsarbeit

koordinieren sollte, wurde nicht wieder besetzt. Laut Verfassung ist das Staatsoberhaupt gleichzeitig Regierungschef.

Streit um Verfassungsänderung

Derzeit sorgt ein von Präsident Yayi am 06.06.13 eingebrachtes Gesetz zur Änderung der Verfassung für innenpolitische Auseinandersetzungen. Neben Beobachtern zufolge grundsätzlich zu begrüßenden Änderungen wie der Verankerung unabhängiger Kontrollgremien in der Verfassung umfasst das Gesetz verschiedene Ergänzungen der Präambel, aus denen eine „neue Republik“ resultieren könnte. Letzteres könnte Yayi seinen Kritikern zufolge als Argument nutzen, um die in der Verfassung verankerte Beschränkung auf zwei Amtszeiten für den Staatspräsidenten zu umgehen. Yayis zweite Amtszeit endet 2016. Am 07.06.13 wurden neue Verfassungsrichter vereidigt, die ggf. über die Rechtmäßigkeit der Reform zu entscheiden haben. Der gegenüber Verfassungsänderungen bislang eher kritisch eingestellte Gerichtspräsident wurde ersetzt. Gegner der Verfassungsänderung veranstalten seit dem 17.07.13 mittwochs Protestmärsche, so auch am 14.08.13, an denen sich jeweils bis zu mehrere hundert in rot gekleidete Menschen beteiligen („Roter Mittwoch“). Anhänger Yayis konterten mit dem „Weißen Freitag“.

Kamerun

Bakassi-Halbinsel

Die Einwohner von Bakassi müssen zukünftig einen Antrag auf Aufenthalt stellen oder die Staatsangehörigkeit von Kamerun annehmen, um auf der Halbinsel bleiben zu dürfen. Nach Angaben von BBC leben 300.000 Menschen (90 Prozent Nigerianer) auf Bakassi. Zukünftig müssen die Einwohner an Kamerun Steuern zahlen.

Am 14.08.08 gab Nigeria die letzten noch unter seiner Hoheit verbliebenen Teile der Bakassi-Halbinsel an Kamerun zurück.

Somalia

„Ärzte ohne Grenzen“ verlässt Somalia

Nach 22 Jahren Arbeit verlässt die Hilfsorganisation Ärzte ohne Grenzen Somalia. Die 1.500 Mitarbeiter von Ärzten ohne Grenzen boten Hunderttausenden eine kostenlose medizinische Grundversorgung. Nach Angaben des Präsidenten der Hilfsorganisation, Unni Karunakara, werden die Projekte wegen zu großer Risiken für die Helfer beendet. Seit dem Beginn der Arbeit der Organisation wurden insgesamt 16 Mitarbeiter getötet und mehrere entführt.

Zentralafrikanische Republik

UN-Sicherheitsrat besorgt

Der UN-Sicherheitsrat zeigte sich weiterhin besorgt über willkürliche Festnahmen, Exekutionen, sexuelle Gewalt gegen Frauen und Kinder sowie Folter. Die Verantwortlichen für die Menschenrechtsverletzungen müssten zur Rechenschaft gezogen werden. Dies seien vor allem Rebellen der Séléka-Allianz, die Ende März die zentralafrikanische Hauptstadt Bangui eingenommen hatte. Der Anführer der Séléka und neue Präsident, Michel Djotodia, will das Land zu Neuwahlen führen.

UNHCR geht von etwa 206.000 intern Vertriebenen aus und stellt weiterhin Vertreibung und Zwangsumsiedlungen fest.

DR Kongo

Kindersoldaten aus der Gewalt der Miliz „Mai Mai Bakata Katanga“ befreit

Am 16.08.13 gab die in der DR Kongo stationierte UN-Friedenstruppe MONUSCO bekannt, dass sie am 11. und 15.08.13 in der rohstoffreichen südöstlichen Provinz Katanga 82 Kinder, darunter 13 Mädchen, im Alter zwischen 8 und 17 Jahren aus der Gewalt der Miliz „Mai Mai Bakata Katanga“ freibekommen habe. Dies sei

mit Hilfe örtlicher Kinderschutzorganisationen erfolgt. Die Kinder seien während der letzten sechs Monate von der Miliz als Kindersoldaten rekrutiert worden. Seit Jahresbeginn hätten 163 Kinder, darunter 22 Mädchen, aus der Gewalt der Miliz befreit werden können.

China

Haftstrafe für Schwager von Nobelpreisträger Liu bestätigt

Ein Volksgericht im Pekinger Vorort Huairou bestätigte am 16.08.13 die im Juni gegen Liu Hui, den Schwager von Nobelpreisträger Liu Xiaobo, verhängte elfjährige Haftstrafe. Liu Hui hatte Berufung gegen das Urteil eingelegt. Er wird beschuldigt, zusammen mit einem Kollegen Geld unterschlagen zu haben. Freunde gehen indes von einer Vergeltungsaktion gegen die Familie aus. Liu Hui ist der Bruder der Frau des Nobelpreisträgers, Liu Xia, die unter Hausarrest steht, seit ihr Mann 2010 mit dem Nobelpreis ausgezeichnet wurde. Liu Xiaobo wurde 2009 wegen „Untergrabung der Staatsgewalt“ zu elf Jahren Haft verurteilt. Er ist Mitverfasser der Charta 08, die Demokratie und Menschenrechte in China einforderte (s. BN v.10.06.13).

Uiguren zum Tode verurteilt

Das Mittlere Volksgericht in Kashgar in der Autonomen Uigurischen Region Xinjiang verurteilte zwei Uiguren aufgrund ihrer Beteiligung an einem Gewaltausbruch nahe der Stadt Kashgar zum Tode. Ein weiterer Angeklagter erhielt eine lebenslange, die beiden übrigen der fünf u.a. wegen Terrorismus Angeklagten je eine neunjährige Freiheitsstrafe. Wie die Nachrichtenagentur Xinhua am 13.08.13 berichtete, sollen die Uiguren religiösen Extremismus verbreitet haben und illegalen religiösen Aktivitäten nachgegangen sein. Bei dem Vorfall im Bezirk Bachu waren am 23.04.13 nach offizieller Darstellung 21 Menschen getötet worden (s. BN v. 29.04.13). Acht Verdächtige wurden laut Xinhua am selben Tag, elf weitere später festgenommen.

Behörden gehen gegen Bürgerbewegung vor

Wie die Organisation Chinese Human Rights Defenders (CHRD) am 14.08.13 mitteilte, wurden seit März Dutzende Aktivisten, Rechtsanwälte und andere Personen, die sich gegen Korruption und für weitere politisch heikle Themen engagierten, Ziel behördlicher Maßnahmen wie Festnahmen und kurzer administrativer Haftstrafen oder „verschwanden“. Zu den Betroffenen zählen Anhänger der „Bewegung der neuen Bürger“ (oder: „Neuen Bürgerbewegung“), eines losen Netzwerkes von Aktivisten, die sich friedlich gegen Korruption, für soziale Gerechtigkeit sowie politische und gesetzliche Reformen einsetzen. In behördlichem Gewahrsam befindet sich auch Xu Zhiyong, der als geistiger Vater der Bewegung gilt. Er war nach mehrmonatigem Hausarrest im Juli festgenommen worden.

Bangladesch

Ausschreitungen zwischen Polizei und Anhängern der Jamaat-e-Islami

Am 13./14.08.13 kam es erneut zu Ausschreitungen zwischen der Polizei und Anhängern der Jamaat-e-Islami, die vom Obersten Gericht von der Teilnahme an der nächsten Wahl ausgeschlossen worden war (vgl. BN v. 05.08.13). Die islamistische Partei hatte einen landesweiten 48-stündigen Streik ausgerufen, um gegen diese Entscheidung zu protestieren.